

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 709

Mittwoch, 22. Juli 2020

27. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

“Wir sehen eine hässliche Raupe namens Guatemala und müssen sie in einen schönen Schmetterling verwandeln“.....	1
Warum kommt die Familienhilfe nicht zu denen, die sie am meisten benötigen?.....	1
Deutsche RichterInnen-Vereinigung engagiert sich für Richterin Erica Aifán.....	2
Kein Fortschritt im ‚Kampf‘ zwischen Kongress und Verfassungsgericht.....	3
Das Verfassungsgericht nimmt Beschwerden gegen Aussetzung des sog. Bono 14 an.....	3
Wer gewinnt (und wer verliert) bei der Aussetzung des sog. Bono 14?.....	4
Wie Kongressabgeordnete so ticken: "Die wichtigste Medizin ist der Kontakt zu Gott".....	4
Amnesty International fordert Revision des Urteils gegen Bernardo Caal.....	5
Regierung eröffnet Portal, um Informationen über Ressourcen von NGOs zu veröffentlichen.....	5
Vor 200 Jahren: Kolonialer Widerstand der Maya-Völker in Totonicapán.....	5

## “Wir sehen eine hässliche Raupe namens Guatemala und müssen sie in einen schönen Schmetterling verwandeln“

**Chimaltenango, 18. Juli** - Präsident Alejandro Giammattei besuchte die indigene Gemeinde von San Juan Comalapa, wo er zu den Familienhilfen befragt wurde. Der Präsident sagte, dass "es nicht wahr ist, dass Regierungsprogramme nur den Reichen dienen". Er sagte, es sei wahr, dass es schwierig sei, die Gelder zu den Familien zu bringen, aber das sei die Schuld "jener Parteien der Linken, der Opposition, jener, die nutzlos sind". Dies, weil die Kongressabgeordneten während des zweiten Lockdowns darum baten, alleinerziehenden Müttern, Menschen mit Behinderungen, älteren Erwachsenen und Menschen in Armut und extremer Armut Vorrang einzuräumen. Giammattei ärgerte sich über die Fragen eines Gemeindemitglieds und nannte es "einen Haufen Ungereimtheiten". Später verschwand das Video von der Wut des Präsidenten aus seinen sozialen Netzwerken. Mitten in seiner Rede verglich Giammattei Guatemala mit einer hässlichen Raupe und sagte, man solle ihn in einen Schmetterling verwandeln. (Nómada)

## Warum kommt die Familienhilfe nicht zu denen, die sie am meisten benötigen?

**Guatemala, 17. Juli** – Eine Evaluation durch die Organisationen Oxfam, Paraíso Desigual (Ungleiches Paradies) und Pacto Ciudadano (Pakt der BürgerInnen), die am Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, zeigt, dass die Familienhilfe ungleich verteilt wird. Die Gemeinden mit weniger Armut haben am meisten davon profitiert. Im Rahmen der Umfrage wurden 133 Gemeinden im ganzen Land zu Zugang, Vorteilen und Fehlern der Regierung bei der Bereitstellung dieser Hilfe befragt, die nach Angaben des Ministeriums für soziale Entwicklung (MIDES) 2.653.200 Haushalten im Land zugutegekommen ist. Der zuständige Minister, Raúl Romero Segura, der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas, und Ursula Roldán, Vertreterin der für den Bericht verantwortlichen Organisationen, nahmen an der Präsentation teil.

### Die Ergebnisse

Nach den Informationen des Entwicklungsministeriums, die in dieser Studie ausgewertet wurden, gibt es 19 Gemeinden, in denen Personen oberhalb der Armutsgrenze zwei- bis viermal mehr Leistungen erhalten als jene unterhalb der

Armutsgrenze. Mit anderen Worten: In Fällen wie dem der Gemeinde Jocotenango, Sacatepéquez, gibt es für jede Person mit niedrigem Einkommen, die die Hilfe erhält, vier weitere, die die Bedingungen nicht erfüllen, aber die Leistung dennoch erhalten. Die Liste umfasst Gemeinden im Landkreis Guatemala wie Mixco oder San José del Golfo, die dreimal so viel erhalten, oder Panajachel in Sololá, die im Verhältnis zu ihrer Armutsrate doppelt so viel erhalten als sie sollten. Das Ballungsgebiet, das auch der Ort mit der geringsten Unterernährung ist, ist der Ort, an dem Hilfe für jeden Haushalt mit niedrigem Einkommen angekommen ist, wie die Studie zeigt. Auf der anderen Seite stellten die Organisationen fest, dass es 15 Gemeinden gibt, in denen es keinen einzigen Begünstigten gibt. Diese Gemeinden liegen in gefährdeten Departements wie San Marcos, Huehuetenango und Quiché.

### **Fehlende Information und Schwierigkeiten des Zugangs zu den Menschen**

Nach Ansicht der befragten Bevölkerung war die Regierung bei der Übermittlung von Informationen über die Funktionsweise, den Zugang und die Möglichkeiten zur Eingabe des elektronischen Familienhilfe-Codes nicht effektiv. Das Ergebnis war, dass 36% der Menschen nicht wussten, welche Voraussetzungen erfüllt sein mussten, um den Nutzen zu erhalten. Bei den 64%, die über Informationen verfügte, handelte es sich dabei um allgemeine und nicht um detaillierte Angaben zu Lieferzeiten, Zugangswahrscheinlichkeiten und Anspruchskriterien für Menschen ohne Stromanschluss. Außerdem mussten 40% der Personen, die Zugang zu dem Programm suchten, ein vertrauenswürdiges Mitglied der Gemeinde als Bürge vorweisen, um ihre Registrierung abzuschließen. Die anderen 49% forderten diese Gefälligkeit von Personen ein, die ihnen nicht so nahestanden, wodurch sie Gefahr liefen, betrogen zu werden oder sich ihren Code stellen zu lassen.

### **Technologisches Hindernis**

Die Evaluation zeigte, dass 52% der Bevölkerung der befragten Gemeinden nicht wusste, wie man sich registriert. Dies liegt "am Analphabetismus, an der Schwierigkeit, eine Reihe von Zahlen einzugeben und an der mangelnden Erfahrung mit digitalen Werkzeugen. Mit anderen Worten: es liegt an den Bildungs- und digitalen Lücken, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist", heisst es im Bericht. MIDES hat drei Formen des Zugangs ermöglicht: über die Website, einen Anruf oder eine Textnachricht. Für jede der drei Optionen benötigen Sie ein Mobiltelefon, um über den Code benachrichtigt zu werden. Alle Optionen waren digital und exklusiv für einen großen Teil der Bevölkerung, der über keine technologischen Grundkenntnisse verfügt. Sie erschwert auch den Zugang für die 14% der Bevölkerung ohne irgendeinen Internet-Zugang. Dem Bericht zufolge mussten einige Menschen Geld ausgeben, um in ein Internet-Café zu gehen oder ein Handy zu mieten, um Hilfe zu erhalten.

Der Sozialminister Raúl Romero versicherte, dass 72% der registrierten Personen dies über die Website getan hätten, 27% per SMS und 1% über das Call-Center, was für Romero zeige, dass es einen größeren Zugang zum Internet gibt als bekannt ist. Zu diesem Thema sagte Ursula Roldan, die die Ergebnisse im Namen von Oxfam, Pacto Ciudadano und Paraíso Desigual vorstellte, dass die Daten darauf zurückzuführen sein könnten, dass die Familienhilfe in städtischen Gebieten konzentriert wird.

### **Betrügereien**

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurden bis zum 25. Mai 700 Anzeigen wegen Stromdiebstahls eingereicht. Fünfundsiebzig Prozent davon sind auf Nötigung zurückzuführen. Dies geschieht in Fällen, in denen die VermieterInnen die Zustellung der Quittung erzwingen, um die Kautions selbst abzuholen und den Mietern mit Räumung drohen, falls sie die Kautions nicht zustellen. Die anderen 20% der Anzeigen beziehen sich auf Fälschungen und 5% auf Diebstahl. Die Studie deckte auch andere Anomalien auf, wie z. B. die Tatsache, dass die Quittung in bestimmten Häusern nie ankommt, gewalttätige Auseinandersetzungen um das Hilfgeld, die Erhebung einer Gebühr für die Eingabe der Daten oder Betrug, der mit dem Diebstahl des Codes endet. Obwohl es sich um wiederkehrende Fälle handelt, gaben nur 6% der Befragten an, sie den Behörden gemeldet zu haben.

### **Die zweite und dritte Auszahlung**

Laut Walter Gómez, dem Sprecher des Sozialministeriums, ist der erste Teil der Hilfszahlung bereits ausgezahlt. Am Montag könnte der zweite Teil der Auszahlung beginnen. Die meisten Menschen haben bereits das Formular für den Zugang zu diesem zweiten Beitrag ausgefüllt. 200.000 Begünstigte haben dies nicht getan. Ohne diese Anforderung werden sie den Code nicht erhalten können. Gómez erklärt, dass es keinen Einsendeschluss für Antworten gebe, aber je früher sie die Anforderung erfüllen, desto weniger Zeit braucht die zweite Zahlung. Bis 2020 soll nur der BONOPAGO geschickt werden und die Formulare sollen ausgefüllt werden. Bezüglich des dritten Teils der Zahlung versichert das Ministerium für soziale Entwicklung, dass die Möglichkeit bestehe, dass er nicht vollständig ausgeführt werden könne, da es noch keine Budgeterweiterung zur Finanzierung des Programms gebe. ( Nómada)

## **Deutsche RichterInnen-Vereinigung engagiert sich für Richterin Erica Aifán**

**Berlin/Guatemala, 13. Juli** - In einem Schreiben der deutschen ‚Neuen Richtervereinigung‘ an den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs (CSJ) fordert diese, dass das Ermittlungsverfahren gegen Richterin Erika Aifán für nichtig erklärt werden sollte, damit die Richterin ihre richterliche Funktion ohne den Druck eines "illegalen" Ermittlungsverfahrens weiter ausüben könne. Die Neue Richtervereinigung ist eine Organisation deutscher RichterInnen und StaatsanwältInnen.

nen, die sich zur Wahrung der Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates, insbesondere der richterlichen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, im In- und Ausland verpflichtet hat. "Wir stellen mit großer Sorge fest, dass zahlreiche Angriffe auf die richterliche Unabhängigkeit in Guatemala es den Gerichten zunehmend erschweren, eine unabhängige und unparteiische Gerichtsbarkeit zu vermitteln", erklärt der Verband. Besonders beunruhigt sie die Entscheidung des CSJ, das Ermittlungsverfahren gegen Richterin Aifán fortzusetzen, obwohl eine Beschwerde gegen diese anhängig sei.

"Die Beschwerde hat ihren Ursprung in Ereignissen, die einmal mehr gezeigt haben, dass es in Guatemala Gruppen gibt, die versuchen, bei der Wahl von RichterInnen, in diesem Fall des CSJ und des Berufungsgerichts, Einfluss außerhalb der rechtlichen Verfahren zu nehmen. Aus einem Bericht des Sonderstaatsanwalts gegen Strafflosigkeit (FECI) geht eindeutig hervor, dass der ehemalige Präsidialsekretär Gustavo Alejos mit Kongressabgeordneten, Mitgliedern der Nominierungskommissionen und KandidatInnen für das Justizwesen zusammentraf, als er sich in Untersuchungshaft in einem Sanatorium befand (sog. „Fall der Parallelkommissionen 2020“). Die Untersuchungshaft war angeordnet worden, weil dem ehemaligen Staatssekretär mehrere schwere Korruptionsdelikte vorgeworfen werden", heißt es in dem Brief.

Die RichterInnenvereinigung betont, dass das CSJ "überraschenderweise" das Ermittlungsverfahren gegen eine Richterin bearbeitet hat, die über die Grenzen Guatemalas hinaus für ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bekannt geworden ist und als "unbestechlich" gilt, und stellt fest, dass ein Ermittlungsverfahren nur dann stattfinden dürfe, wenn aus der Anklage abgeleitet werden könne, dass die Angeklagte ein Verbrechen begangen habe – aber nicht, wenn sie politische, unrechtmäßige oder falsche Gründe habe. „Wir bedauern sehr, dass der CSJ diese Bestimmung anscheinend nicht überprüft hat“, schreibt der deutsche Verband.

"In der Anzeige wird Richterin Erika Aifán beschuldigt, auf Antrag der FECI das Abhören von Telefongesprächen von RichterInnen und StaatsanwältInnen im Zusammenhang mit dem Fall der Parallelkommissionen 2020 angeordnet zu haben. Aber der FECI-Bericht habe klargestellt, dass sich die richterliche Genehmigung nur auf das Mobiltelefon mit der Nummer 3308-9358 bezogen haben. In der guatemalteckischen Presse können Sie lesen, dass dieses Handy dem ehemaligen Sekretär Gustavo Alejos gehört. Möglicherweise wurden Telefongespräche von RichterInnen und StaatsanwältInnen aufgrund ihrer eigenen Entscheidung, den Angeklagten Gustavo Alejos anzurufen, abgehört. Das bedeutet, dass Richterin Erika Aifán dafür nicht verantwortlich ist und dass der Strafantrag keine rechtliche Grundlage hat", erklärt er.

Schließlich weist die ‚Neue Richtervereinigung‘ darauf hin, dass das CSJ dringend entscheiden müsse, dass das Ermittlungsverfahren gegen Aifán ausser Kraft gesetzt wird und dass es ihr erlaubt sein sollte, ihre richterliche Arbeit ohne den Druck eines Ermittlungsverfahrens fortzuführen. Der Brief ist von Ingrid Heinlein, der Sprecherin der internationalen Sektion der Vereinigung, unterzeichnet und bittet darum, dass er den RichterInnen, die das Ermittlungsverfahren eingeleitet haben, zur Kenntnis gebracht wird. (La Hora)

**Nachtrag 14. Juli: Das Verfassungsgericht hat eine einstweilige Anordnung gegen das Ermittlungsverfahren gegen Aifán erlassen.**

## Kein Fortschritt im ‚Kampf‘ zwischen Kongress und Verfassungsgericht

**Guatemala, 16. Juli** - Die Untersuchung der vom Verfassungsgericht (CC) gegen die Ständige Kommission des Kongresses eingereichten Beschwerde ist im Büro des Anklägers für Verwaltungsdelikte nicht vorangekommen. Vor zwei Wochen beantragte das CC eine Untersuchung des Ungehorsams der Abgeordneten und einen Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität. Dies geschah, nachdem sie sich geweigert hatten, der Anordnung zur Aussetzung des Ermittlungsverfahrens gegen Bonerge Mejia, Gloria Porras, Neftaly Aldana und Francisco de Mata Vela nachzukommen. Die Verzögerung des Verfahrens ist darauf zurückzuführen, dass die Staatsanwaltschaft immer noch darauf wartet, dass der Kongress und der CSJ Berichte in Bezug auf den Fall vorlegen. In einem Interview mit Nómada sagte Staatsanwalt Mélvín Mérida, dieses Thema sei vorrangig, weil es das "heißeste Thema" sei. (Nómada)

## Das Verfassungsgericht nimmt Beschwerden gegen Aussetzung des sog. Bono 14 an

**Guatemala, 14. Juli** - Das Verfassungsgericht erhielt vier Verfassungsbeschwerden gegen den Ministerialerlass 250-2020, der es ArbeitgeberInnen erlaubt, ihren Beschäftigten am 15. Juli dieses Jahres den Bono 14 (*s.u.*) nicht auszuzahlen. Die Beschwerden wurden vom Ombudsmann für Menschenrechte (PDH), dem Studentenverband Oliverio Castañeda de León (AEU) und der Sozial- und Volksversammlung (ASP) eingereicht. Die beiden letztgenannten Verbände erklärten in einer Pressemitteilung, dass der Erlass den ArbeitnehmerInnen schade, da er zwar Anforderungen für die Aussetzung festlege, aber "die Tür dafür öffnet, dass dasselbe in Zukunft auch mit anderen arbeitsrechtlichen Garantien geschehen kann", wie z. B. bei Arbeitszeiten, Lohn und Gehalt, Urlaub, soziale Sicherheit, Mindestlohn und Boni. Beider Hauptanliegen ist: "Wir sehen, wie die Regierung und die Wirtschaft ständig ArbeiterInnenrechte angreifen, die das Ergebnis historischer Kämpfe des guatemalteckischen Volkes sind. Das Anwaltskollektiv, das die beiden Verbände betreut, weist auf die geringe Rechtssicherheit des Ministererlasses hin (Nómada)

## Wer gewinnt (und wer verliert) bei der Aussetzung des sog. Bono 14?

Die erste Bestimmung der neuen Führungsriege des Arbeitsministeriums (Mintrab) bestand darin, den Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, die Zahlung des Bono 14, eines der Arbeitsrechte, die durch die Gesetzgebung zum Schutz des Arbeitssektors des Landes unterstützt werden, auf unbestimmte Zeit aufzuschieben. Die Verordnung 25-2020 trat am 10. Juli in Kraft und wurde innerhalb kurzer Zeit zum Gegenstand von Kritik und Besorgnis. Sie bietet Unternehmen die Möglichkeit, den 14. Bonus (innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist) aufgrund der Umstände, die durch die Pandemie verursacht wurden, nicht auszuzahlen.

In dem Erlass bezieht sich das Arbeitsministerium auf das Gesetz zur Regelung der Gewährung von Prämien für Beschäftigte des privaten Sektors, das besagt, dass Unternehmen, die "nicht in der Lage sind, allen oder einem Teil ihrer Beschäftigten Prämien zu gewähren", dies durch ein eidesstattliches Schreiben nachweisen müssen. Das Gesetz, das die Auszahlung des Bono 14 regelt, lässt jedoch keine Verstöße zu, von denen die Beschäftigten betroffen sind. Es wird lediglich die Möglichkeit für Unternehmen erhöht, einen Kredit zu beantragen, um ihrer Verpflichtung nachzukommen. Im Prinzip soll die Vereinbarung über das Jahresarbeitsnehmerprämiengesetz hinausgehen. "Dieses Gesetz legt fest, dass die sog. 14. Anleihe in der ersten Julihälfte bezahlt werden muss. Aber das Arbeitsministerium griff auf eine Rechtsauslegung zurück, die gegen ein Arbeitsgesetz verstößt und den Nutzen der Unternehmen in den Vordergrund stellt. Bei diesem Erlass werden die Arbeitnehmer die ersten Betroffenen sein", erklärt der Arbeitsrechtler René Girón.

Der Erlass legt vier Anforderungen fest, die ein Unternehmen erfüllen muss, um die Genehmigung zu erhalten, die Zahlung des Bono 14 nicht zu leisten:

1. Eine notariell beglaubigte eidesstattliche Erklärung, in der das Unternehmen argumentiert, dass es nicht in der Lage ist, dem nachzukommen.
2. Eine Bilanz des Unternehmens (vorgelegt von WirtschaftsprüferInnen, die bei der Steuerbehörde SAT registriert sind).
3. Ein Bericht über die Gelder, die es zur Deckung der Zahlung zurückgelegt hatte.
4. Nachweis der Zahlungsfähigkeit vor dem SAT.

Dies sind Anforderungen, die große Unternehmen mit Rechtsabteilungen oder guten AnwältInnen leicht erfüllen können, aber womöglich nicht jene Klein- und Mittelstandsunternehmen (KMU), die durch die aktuelle Krise wirtschaftliche Schwierigkeiten haben. Laut dem Kongressabgeordneten und Wirtschaftswissenschaftler Samuel Perez (SEMILLA) werden diese Anforderungen damit Tausende von Unternehmen, die Schwierigkeiten haben könnten, dieser Zahlung nachzukommen, ausschliessen. Mit anderen Worten, es handelt sich um eine Bestimmung, die den grossen im Land tätigen Unternehmen zugutekommt. Eine weitere Ungerechtigkeit besteht für Girón darin, dass der Erlass es erlaubt, die Zahlung der Anleihe ohne festgelegte Frist zu verzögern, da sie festlegt, dass die Unternehmen die Zahlung leisten müssen, wenn "ihre Situation der Zahlungsunfähigkeit beendet ist".

Laut Erlass muss die Generalinspektion der Arbeit den Antrag der Unternehmen auf Vergünstigung entgegennehmen und überprüfen, um ggf. zu bestätigen, dass sie sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden. Die Behörde sei jedoch in einem katastrophalen Zustand, was nicht nur anhand der vielen Beschwerden über ihre Arbeit sichtbar wird, sondern auch daran, dass sie einfach nicht die Kapazitäten habe, diese Fälle gründlich zu untersuchen, fügt Girón hinzu. Das Arbeitsministerium bot den Unternehmen auch zwei weitere Alternativen zur Auszahlung der Anleihe an: die Beantragung eines Kredits beim Kreditfonds für Betriebskapital, für den die Nationale Hypokreditbank (CHN) zuständig ist oder die Einsetzung einer "Schlichtung mit den ArbeitnehmerInnen".

Nach Angaben des Unternehmensverbandes von Guatemala (ASEGUA) erfüllen nur zwei von zehn KMU die Voraussetzungen für den Zugang zu einem Kredit der CHN. Was die zweite Option betrifft, so müssten die ArbeitnehmerInnen auf ein Arbeitsrecht verzichten. "Unter keinen Umständen kann ein Arbeitnehmer auf ein Recht verzichten, das ihm grundsätzlich zusteht. Selbst wenn 'eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber besteht', ist dies nicht möglich, da die Arbeitnehmerrechte unveräußerlich sind", erklärt Girón.

Die Vereinbarung trat am 10. Juli in Kraft. Unternehmen, die an einem Aufschub der Auszahlung des 14. Bonus interessiert sind, haben 15 Tage Zeit, ihren Antrag elektronisch zu übermitteln. (Nómada)

## Wie Kongressabgeordnete so ticken: "Die wichtigste Medizin ist der Kontakt zu Gott"

Guatemala, 14. Juli - Lucrecia Marroquín Godoy ist Abgeordnete der konservativen Partei VALOR (*übersetzbar mit: Wertebasiert, d.Red.*) und Mitglied in den Ausschüssen für Bildung sowie Menschenrechte. Ihre Werte sind extrem religiös. Dies lässt sich an zwei Dingen ablesen: Erstens hat sie mit religiösen Oberhäuptern eine Gesetzesinitiative für eine Wiederbeginn der Kirchen eingebracht. Und zweitens sieht ihre wichtigste Waffe gegen Corona wie folgt aus: "Die Angst ist des Teufels. Wenn wir Angst haben, sinken unsere Abwehrkräfte. Der COVID-19-Virus kann die Abwehrkräfte in unserem Körper noch leichter sinken lassen. Es ist daher notwendig, unseren Glauben und unsere Seele zu stärken."

Mit dieser Einstellung steht sie nicht allein im Kongress. (Nómada, mit abschliessendem Kommentar der Redaktion)

## Amnesty International fordert Revision des Urteils gegen Bernardo Caal

**London/Guatemala, 17. Juli** - Heute schickte die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) einen Brief an die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, mit der Bitte, die Arbeit der Staatsanwälte im Fall des 2018 verhafteten und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilten Gemeindeführers Bernardo Caal zu überprüfen. Amnesty stellte Unregelmäßigkeiten im Verfahren fest. Caal war einer der Anführer des Widerstands gegen das OXEC-Wasserkraftwerk in Santa María Cahabón, Alta Verapaz. Im Jahr 2017 erkannten der CSJ und das CC an, dass der Staat die Q'eqchi'-Gemeinden in der Region nicht konsultiert hat. Caal wurde wegen illegaler Verhaftungen und schwerer Raubüberfälle auf OXEC-Beschäftigte verurteilt (vgl. **¡Fijáte!** 715).

Nach der Analyse der Akte durch Amnesty stützte die Staatsanwaltschaft den Fall auf widersprüchliche ZeugInnenausagen und prüfte weder den Kontext des Konflikts der Gemeinde mit dem Wasserkraftwerk noch die Rolle, die Caal bei dem Geschehen spielte. AI glaubt, dass Caal "wegen seiner Überzeugungen und seiner Arbeit zur Verteidigung der indigenen Völker" festgehalten wird. Daher erklärte sie ihn zum Gewissensgefangenen und wird eine weltweite Kampagne für seine Freilassung starten. (Nómada)

*Am 16. Juli wurde ein ähnlich lautendes Schreiben – initiiert von dem internationalen Verband der Oscar-Romero-Initiativen – auch von den Guatemala-Solidaritätsgruppen in Deutschland, der Schweiz und Österreich unterstützt (siehe z. B. auf der Facebook-Seite vom Guatemala-Netz Zürich)*

## Regierung eröffnet Portal, um Informationen über Ressourcen von NGOs zu veröffentlichen

**Guatemala, 16. Juli** - Präsident Alejandro Giammattei hat zusammen mit dem Finanzministerium ein neues Portal eröffnet, in dem jede/r die staatlichen Mittel einsehen kann, die Nichtregierungsorganisationen (NGO) zugewiesen werden. Es werden auch Informationen über die PartnerInnen, GründerInnen und die Betriebskosten der einzelnen NGOs veröffentlicht sowie Information darüber, wie sie alle Ressourcen entsprechend den Zielen der jeweiligen Organisation einsetzen. Laut Giammattei handelt es sich um ein Zeichen der Transparenz, um die zivilen Organisationen, die mit öffentlichen Mitteln arbeiten, eingehend kennen zu lernen. Bei der Vorstellung dieses Portals kündigte der Präsident an, dass ab morgen auf der Website des Finanzministeriums auch ein Raum zur Verfolgung der Ausgaben der für die Covid-19-Krise bereitgestellten Mittel zur Verfügung stehen wird. (Nómada)

## Vor 200 Jahren: Kolonialer Widerstand der Maya-Völker in Totonicapán

**Guatemala, 13. Juli** - Vor zweihundert Jahren führten Atanasio Tzul und Lucas Aguilar einen Aufstand gegen die koloniale Unterdrückung an und organisierten Gemeinden, um gegen die Erhebung von Steuern zu protestieren, die bereits durch die 1812 in Cádiz verabschiedete Verfassung abgeschafft worden waren. Am 9. Juli 1820 erhob sich die Stadt San Miguel Totonicapán und legte damit das Datum des Beginns Aufstandes fest. Die Darstellung der Fakten deutet darauf hin, dass die Gemeinden San Francisco el Alto, Momostenango und San Miguel Totonicapán bis 1813 die Information erhielten, dass der Tribut aufgrund des Inkrafttretens der Verfassung von Cádiz abgeschafft worden sei. Diese Information hatte Bestand, bis Ferdinand VII. den kühnen Schritt unternahm, die Verfassung abzuschaffen und die absolute Monarchie wiederherzustellen – dieser Schritt hat zweifellos den (*kreolischen, d.Red.*) Widerstandsbewegungen für die Unabhängigkeit Lateinamerikas Auftrieb gegeben.

Diese Nachricht des Monarchen traf ein, aber das Volk interpretierte es so, dass sich der König nicht zurückziehen werde, wie Aaron Pollack in dem Buch "K'iche'-Aufstand in Totonicapán 1820: Die Orte der subalternen Politik" angibt. Die Leute interpretierten die Nachricht so, dass es die KreolInnen waren, die die Steuern nun zu ihrem eigenen Nutzen (*und nicht des fernen Königs, d.Red.*) sammeln wollten. Das Volk begann friedlichen Widerstand zu leisten, während die Kolonialbehörden darauf bestanden, die Steuern einzutreiben. Die EinwohnerInnen von Totonicapán weigerten sich, den Tribut zu entrichten. Und da sie wussten, dass das Gesetz Gewalt beim Einsammeln verbot, bestand für sie das einzige Risiko in der Verhaftung. Überraschenderweise zogen viele dies der Bezahlung vor. Hier ist es wichtig, die Motive des Widerstands zu verstehen.

Die EinwohnerInnen verlangten, dass der Bürgermeister von Totonicapán Manuel José Lara ihnen das Dokument zeigt, das ihnen sagt, dass sie von den Tributen befreit werden. Währenddessen wurden die Gemeinden unter der Führung von Lucas Aguilar unruhig und entsandten VertreterInnen [*zu den lokalen kolonialen Machthabern, d.Red.*]. Dieser Vorgang wurde als Aufstand aufgefasst. Die örtliche Regierung versuchte, ihn zu befrieden. Daraufhin befahlen sie die Gefangennahme und Auspeitschung der Gesandten. Als Vergeltungsmaßnahme nahm das Volk die verantwortlichen Amtschreiber [*da werden keine Frauen dabei gewesen sein, d.Red.*] gefangen, die das oben genannte Dokument vorzeigen mussten. Um den Tribut weiterhin einzusammeln, ordneten die Behörden eine Volkszählung an, aber auch hier leisteten die Dorfbewohner Widerstand, indem sie darauf hinwiesen, dass es ein Dokument gab, das die Nichtzahlung des Tributs garantierte. Sie baten Guatemala-Stadt, ihnen das Dokument zu schicken, aber die Hauptstadt antwortete nie.

Als in Totonicapán bekannt wurde, dass Fernando VII. in der Tat erneut die Verfassung von Cádiz angenommen hatte, in der die Abschaffung des Tributs ausdrücklich festgeschrieben ist, verlangten die Gemeinden, dass ihnen das [*unrechtmässig, d.Red.*] Gesammelte zurückgegeben wird. Bürgermeister Lara war verängstigt und floh nach Quetzaltenango. Hier begann "der Aufstand oder die Meuterei", wie einige Historiker es nennen.

Das Volk als solches organisierte sich. Es hängte das Bild von Fernando VII. ab und hing stattdessen das Bild von Atanasio Tzul und seiner Frau Felipa Tzoc als König bzw. Königin auf. Der Legende nach benutzten sie zur Krönung die Krone der Bildnisse der Heiligen Joseph und Cecili. Ausserdem ernannten sie Lucas Aguilar zu ihrem Präsidenten. Die politische Agenda dieser neuen Republik drehte sich, wie der Historiker Luis Felipe Quelex aufzeigte, um die Vermeidung von Tributzahlungen, den Zugang zu Land und die Freiheit, eigene Unternehmen aufzubauen. Dies versetzte die KreolInnen von Quetzaltenango in Angst und Schrecken. Sie befürchteten, dass sich der Aufstand ausweiten würde. Der Landvogt von Quetzaltenango, Prudencio de Cozar, war gezwungen, eine Armee anzuführen, um den Aufstand niederzuschlagen – denn es konnte nicht zugelassen werden, dass es eine Republik der Indigenen in einer Region gibt, in der die meisten Menschen indigen sind.

Wie der Historiker Luis Felipe Quelex in seiner Untersuchung "An der Schwelle des Nationalismus im Hochland von Guatemala, 1786-1826 [Quetzaltenango, Totonicapán-Huehuetenango, Sololá, Suchitepéquez]" feststellte, gehörte es zu den wichtigsten Ereignissen, als die Gemeinde San Pedro Sacatepéquez, die zu dieser Zeit zum Bürgermeisteramt von Totonicapán gehörte, einen Tribut an Atanasio Tzul schickte. Dies zeigt deutlich die Führungsrolle, die er für die aufständischen indigenen Völker genoss. Weiterhin weist diese Untersuchung auf das bedeutsame Geschehen hin, als Juan José de Echeverría, der [*andere oder dem oben erwähnten de Cozar nachfolgende?*, d.Red.] Landvogt von Quetzaltenango, sich zwar zunächst gegen die kreolischen Quetzalteco-Gruppen stellte, später aber, als er den indigenen Aufstand in einem sehr nahen Gebiet sah, beschloss, sich diesen Eliten anzuschließen, um grössere Probleme zu vermeiden. Er schloss sich also seinen Feinden an, um einen Feind zu besiegen, der das etablierte Regime bedrohen konnte. Die Regierung von Totonicapán hatte bereits zuvor Ferdinand VII. die Treue geschworen, d. h. ihr ging es darum, sich von den kreolischen Eliten zu befreien.

Erinnern wir uns daran, dass die Unabhängigkeit von 1821 für eine lokale Elite einen Verwaltungswechsel bedeutet, um die aufstrebende Elite zu ersetzen. Diese Geschichte wiederholt sich immer wieder dort, wo es heute einer Gruppe von Indigenen nicht möglich ist, ihr politisches Schicksal in die Hand zu nehmen. Sie wiederholt sich bis heute, z.B. bei der Volksbefragung von 1999 oder 2017 bei der Anfrage an die Justiz, einen Rechtspluralismus zu gewähren. In der gesellschaftlichen Vorstellung sind wir alle, die wir aus Totonicapán stammen, direkte Nachkommen von Atanasio Tzul, und das ist deshalb so wichtig, weil er als erster Präsident der 48 Kantone gilt, eine der stärksten indigenen Organisationen Lateinamerikas, die auch ihr 200-jähriges Bestehen feiert.

Die Geschichte von ‚Großvater‘ Tzul geht über das Mythische hinaus. Es heißt, dass er, nachdem er im Prozess freigesprochen wurde, weil er die Verfassung verteidigt hat [*es folgt eine genaue Quellenangabe aus dem Generalarchiv von Mittelamerika, d.Red.*], ständig von den Spaniern und dann von den Kreolen schikaniert wurde. Er begab sich in eine heilige Höhle, wo er zusammen mit seiner Frau eine *Xukulem* oder Maya-Zeremonie durchführte. Den Erzählungen der Ältesten zufolge verschwand der Berg, der sie schützte, und der ‚Großvater‘ selbst aus Geschichte und Zeit. Letztlich war der Aufstand in Totonicapán von 1820 die eigentliche Unabhängigkeitsbewegung – und nicht die Bewegung der kreolischen Eliten, die 1821 die formale zentralamerikanische Unabhängigkeit errungen hatten. Wie der Historiker Edwin Garcia sagen würde, sollten wir die eigentliche Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeit an diesem Datum, also jetzt feiern - und nicht erst im nächsten Jahr. (Julian David Menchu, traditioneller Erzähler der Zeit der K'iche und spiritueller Lernender als Aj Poronel (d.h. der, der die Opfergaben verbrennt, Nómada)

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>  
[www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

#### **Redaktion:**

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)  
Theresa Bachmann - [theresabachmann95@web.de](mailto:theresabachmann95@web.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

#### **Abo-Verwaltung: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)**

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €  
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

#### **Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:**

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6